

Rede zum 8. Mai 11 Uhr auf der Reitbrake

von Ulrich Stuwe, Vorsitzender der VVN-BdA, LV Bremen

Werte Anwesende,

Heute ist der 77. Jahrestag der Befreiung Europas vom Faschismus an der Macht. Damit nahm auch der Große Vaterländische Krieg gegen Deutschland ein Ende, der seit vor fast 81 Jahren begann. Die Menschen, deren Leichen die Deutschen hier verscharren ließen, haben sich gegen den faschistischen Überfall auf ihr Land gestemmt. Sie wurden nach ihrer Gefangennahme gezwungen für die deutsche Kriegsmaschinerie zu arbeiten. Durch Hunger, Auszehrung, Krankheiten oder Gewaltakte wurden sie um ihr meist noch junges Leben gebracht.

Von den etwa 55 Millionen Toten des europäischen Krieges waren ungefähr 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion. Rund die Hälfte der Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee in deutscher Kriegsgefangenschaft lebte bei der Befreiung nicht mehr.

Trotz ihrer in der Geschichte der Kriege beispiellosen Anzahl an Toten und Verwundeten gelang es der Roten Armee nicht nur die Sowjetunion, sondern auch u.a. die Staaten Osteuropas, des Balkans und große Teile des Deutschen Reichs vom Faschismus zu befreien.

Für Europa brachte dieses Ende des Zweiten Weltkriegs zwar nicht – wie die deutsche Politik und Historie immer wieder verkündet – eine lange Periode des Friedens. Bürgerkriege und militärische Aktionen in anderen Ländern fanden auch in Europa in der Folgezeit immer wieder statt. Immerhin konnte ein Dritter Weltkrieg bis zum Ende des Warschauer Paktes und der Sowjetunion aber verhindert werden.

Erst das durch die Nato-Staaten unterstützte Auseinanderbrechen Jugoslawiens in ihre Einzelstaaten führte zu längeren Kriegen. Bis sich die Nato-Staaten entschlossen haben zugunsten der kosovarischen Unabhängigkeit einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Rest-Jugoslawien zu führen. Ein Umstand, der in der westlichen Propaganda auch heute noch gerne verschwiegen wird.

Heute führt die Russische Föderation ebenfalls einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ukraine, der zehntausenden auf beiden Seiten bisher das Leben gekostet hat und Millionen zur Flucht aus ihrer Heimat getrieben hat.

Ich werde hier jetzt nicht auf die russische Rechtfertigung dieses Einmarsches in die Ukraine eingehen. Sie ist in Teilen richtig und in anderen falsch bzw. schlichtweg gelogen. Eine Berechtigung für diesen Krieg ist sie nicht. Das auch von Seiten der Ukraine und der Nato, der EU und anderen die Ukraine unterstützenden Staaten die Öffentlichkeit belogen und betrogen wird, wird kaum jemand ernsthaft leugnen, rechtfertigt das russische Vorgehen aber ebensowenig.

Das angesichts des russischen Angriffskriegs einige Staaten ihre wirtschaftlichen und politischen Kontakte zur Russischen Föderation einschränken und in Teilen beenden, mag noch nachvollziehbar sein. Warum dies in kulturellen, sportlichen, persönlichen Bereichen auch passiert oder zumindestens ein erheblicher Druck in dieser Hinsicht ausgeübt wird, bleibt mir allerdings unklar. Angeblich sind im Westen diese Bereiche – im Unterschied zu Russland – ja völlig unabhängig von politischer Einflussnahme. Das dies nicht so ist, haben die Diskussionen und Handlungen der letzten Wochen auch in der Bundesrepublik zur Genüge gezeigt. Dazu gehören auch Übergriffe auf wirklich oder vermeintlich russischsprachige Menschen und Schändungen von sowjetischen Kriegsdenk- und -ehrenmälern.

Auch hier an diesem Ort müssen wir verhindern, dass die russische Aggression in der Ukraine dazu genutzt wird, die wirtschaftliche Nutzung dieses Gräberfeldes zu rechtfertigen. Nicht nur, dass hier die sterblichen Überreste von Menschen von allen ca. 100 Völkern der Sowjetunion – also auch Ukrainer – liegen. Vor allem weil die Menschen der Sowjetunion nicht nur für ihre eigene, sondern letztendlich auch für unsere Befreiung vom Faschismus gekämpft haben. Dafür schulden wir ihnen – auch denen die meist elendig in Gefangenschaft umgekommen sind – unseren Dank.

Die Aufrechterhaltung des persönlichen Austausches zwischen Menschen in Deutschland und Russland in dieser Zeit ist eminent wichtig und richtig.

Ein solcher Dialog darf nicht bedeuten zur Konfliktvermeidung den Standpunkt des anderen zu übernehmen oder dem anderen den eigenen Standpunkt aufzwingen zu wollen. Doch auch dieser Krieg wird – hoffentlich recht bald – zu Ende gehen. Auch danach sind so genannte zivilgesellschaftliche Kontakte zwischen den Menschen der Russischen Föderation und der Bundesrepublik bitter nötig. Damit diese Auseinandersetzung zwischen unseren verhärteten Regierungen nicht doch noch zu einer weitaus größeren kriegerischen wird.